Die Reichstagswahlen vom Juli und November 1932 – die letzten vor Hitlers Regierungsantritt – sowie die vom März 1933, der ersten und letzten im „Dritten Reich", fanden vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933/34 statt.

Die Arbeitslosenzahlen stiegen in dieser Zeit auf fast 7 Millionen. Aufgrund dieser enormen Arbeitslosigkeit trat erstmals innerhalb der Bevölkerung des Deutschen Reiches eine Entsolidarisierung zwischen Arbeitsplatzbesitzenden und solchen, die einen Arbeitsplatz suchten, ein.

Die langjährige Tolerierung der Reichsregierung Brüning durch die SPD und das teilweise Mittragen der berüchtigten Notverordnungen – hier vor allem der vier großen zur Wirtschaft, Lohn- und Gehaltssenkungen, Abstriche an der Arbeitslosenunterstützung und Erhöhung indirekter Steuern – beschleunigten ohne Zweifel die Radikalisierung breiter Volksschichten.[1]

— Insel Fehmarn, 18. Januar. (Ueber die Fahrt der Erwerbslosen nach Oldenburg) berichten die Fehm. Zeitungen: Die Erwerbslosen waren mit Rädern bis zum Fehmarnsund gekommen, hatten ohne weiteres das Trajekt bestiegen, das dann zur Aufrechterhaltung der Verbindungen zum Festland wohl ober übel fahren mußte. Geld zur Bezahlung der Ueberfahrt hatten die Erwerbslosen natürlich nicht. Von Großenbroder Fähre fuhren sie mit ihren Rädern dann weiter. In Oldenburg angekommen, begab man sich zum Landratsamt, begleitet von 4 Mann Polizei. Da der Landrat nicht anwesend war, wurde eine Abordnung von drei Mann von Herrn Nörenberg empfangen. Die zweistündige Verhandlung verlief ergebnislos. Währenddem standen die andern vor dem Landratsamt, frierend, mit den Füßen stampfend und Maurergriffe übend. Ein Mann hatte sogar auf Holzpantoffeln die Fahrt gewagt. Hätte die Bahnverwaltung die Rückbeförderung der Erwerbslosen mit dem Trajekt verweigert, so wäre ihre Schar Oldenburg als obdachlos für diese Nacht zur Last gefallen. Die Bahnverwaltung hat unter diesen Umständen denn auch einmal beide Augen zugedrückt und die Erwerbslosen kamen mit der Abendfähre wieder auf Fehmarn an.

Aktionen von Arbeitslosen – dokumentiert im „Neustädter Tagesblatt", 20. 1. 1933

Die SPD teilte Brünings Überzeugung, daß äußerste Sparsamkeit im Reichshaushalt dringend geboten sei. Deshalb lehnte sie jedes auf Kredit basierende Arbeitsbeschaffungsprogramm ab, auch noch als Ende 1931 (die Arbeitslosenzahl überschritt die 6-Millionen-Grenze) die freien Gewerkschaften zugleich mit einer betont nationalen Wendung ein solches Programm forderten. So kam es, daß zur Reichstagswahl im Juli 1932 nur eine Partei mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm in den Wahlkampf zog: Hitlers NSDAP. Sie konnte ihre Mandatzahl von 12 im Jahre 1928 auf 230 steigern.[2]

Hinzu kam, daß nach dem Sturz Brünings dessen Nachfol-

Hans-Heinz Brandt Die Umschichtung der Machtverhältnisse 1933 im Kreistag des Landkreises Oldenburg in Holstein

I. Vorwort und Einleitung

Schleswig-Holstein heute

[1] s. a. Heinrich August Winkler – Der Weg in die Katastrophe, Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, 1987, Kapitel 3, S. 430f.

[2] s. a. Osterroth-Schuster – Chronik der Deutschen Sozialdemokratie, 1963, Seite 508/509.

ger, Franz von Papen, die letzte SPD-Bastion, die in Preußen, beseitigte. Er setzte die Regierung am 20. Juli 1932 ab. Unmittelbar nach dem Staatsstreich begannen die neuen Machthaber den Beamtenapparat zu säubern. Viele höhere Beamte, vom Landrat aufwärts, die den bisherigen Koalitionsparteien angehörten, wurden in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Von

Bracht setzt 60 Landräte ab

Republikaner werden durch Rechtsleute ersetzt

Einen neuen großen Beamtenschub hat Dr. Bracht, der sich noch immer im Preußischen Innenministerium aufhält, am Montag verkündet — nur schnell, bevor möglicherweise der Staatsgerichtshof einen Entscheid über seine Berechtigung fällen könnte, im Namen des Preußischen Innenministers irgend etwas zu verfügen. Bracht hat nicht weniger als 60 preußische Landräte — selbstverständlich vorwiegend Republikaner! — in den „einstweiligen Ruhestand" versetzt.

Unter den 75 neu ernannten Landräten oder kommissarischen Landräten befinden sich nur fünf Sozialdemokraten, dagegen allein 20 Träger adliger Namen, darunter 2 Grafen und 5 Freiherren.

Unter den abgesägten Landräten befinden sich 19 Sozialdemokraten, die nicht wieder verwandt worden sind. Im ganzen hat Reichskommissar Bracht seit dem 20. Juli 27 sozialdemokratische Landräte, also fast die Hälfte aller parteigenössischen Landräte, abgesägt. Unter den 75 neu ernannten Landräten steht die überwiegende Mehrzahl den Rechtsparteien, und zwar der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen nahe, ein Teil von ihnen gehört diesen Parteien an, nur ein kleiner Rest setzt sich aus Zentrumsleuten und ehemaligen Demokraten zusammen.

Unter den in den Ruhestand versetzten Landräten befinden sich u. a.: Dr. Pauli in Meldorf, Reeder in Tönning, Dr. von Mohl in Bordesholm, v. Windheim in Winsen, Frhr. v. Löhneysen in Lüchow, Dr. Ritzler in Isenhagen, Duvigneau in Soltau, Pieschel in Wesermünde, Kopf in Otterndorf, Knöpfler in Neuhaus a. d. Oste, Dr. Cornelsen in Stade, v. Buchka in Freiburg, Dr. Bardin, Dr. Mersmann in Sigel, Herold in Iburg, Bubert in Emden.

Die erste Gleichschaltungswelle – schon 1932 (Hamburger Echo, 23. 8. 1932)

diesem Geschehen bis zur Übernahme der Regierungsgewalt durch Adolf Hitler als Reichskanzler am 30. Januar 1933 war es nur ein kurzer Weg.

Am 27. Februar 1933 brannte der Reichstag, der angeblich von den Kommunisten angezündet worden sein sollte. Zwischenzeitlich war der Reichstag aufgelöst und seine Neuwahl auf den 5. März festgelegt worden. Das Ergebnis dürfte Hitler kaum befriedigt haben, denn trotz eines vorher nie gekannten Propagandaaufwandes und des den Kommunisten zugeschobenen Reichstagsbrandes erhielt die NSDAP im Deutschen Reich nicht die Mehrheit. Sie erhielt nur 43,9 % der Stimmen.

Diesem neuen Reichstag war aber nicht mehr die Gesetzgebung und die Kontrolle der Regierung zugedacht. Nachdem er in verfassungswidriger Zusammensetzung (die Kommunisten waren zum Teil bereits verhaftet, geflohen oder nicht zugelassen) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten das Ermächti-

gungsgesetz beschlossen hatte, wurde er nicht mehr gebraucht und noch im gleichen Jahr aufgelöst. Ohne die Verfassung von Weimar, auf die Hitler am 30. Januar 1933 den Eid abgelegt hatte, ausdrücklich außer Kraft zu setzen, wurden ihre Grundprinzipien

die Dreiteilung der staatlichen Gewalt,
die Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung,
das Koalitionsrecht und Tarifrecht,
die Unverletzlichkeit der Freiheit der Person,
das Versammlungsrecht,
das Recht jedermanns, seine Meinung in Schrift, Druck oder Bild frei zu äußern,

in schneller Folge durch Verordnungen oder tatsächliches Handeln unter Mithilfe des allergrößten Teils des gesamten Bürgertums aufgehoben.

II. Situation im Kreis

Nach Übernahme der Macht durch die Nationalsozialisten und ihres bürgerlichen Anhanges auch in Preußen wurde per Dekret die Auflösung der Stadt-, Gemeinde- und Kreisvertretungen verfügt. Diese Verfügung trat am 8. Februar 1933 in Kraft. Die Neuwahlen wurden auf den 12. März 1933 festgelegt.

Die technischen Vorbereitungen dieser Wahlen stellten sich für die Sozialdemokraten mehr als ungünstig dar. Fast überall waren inzwischen die Parteisekretariate von der SA besetzt, die Funktionäre vielfach in Schutzhaft oder auf der Flucht. Trotz dieser starken Behinderungen sollte es im Kreis Oldenburg den Sozialdemokraten gelingen, am 12. Februar ihre Kreiskonferenz abzuhalten. Diese fand in der Gastwirtschaft „Grüner Hirsch" bei Lensahn statt. Bevor mit der Aufstellung der Kandidatenliste begonnen wurde, gab der ebenfalls anwesende Bezirkssekretär Langebeck aus Kiel einen politischen Situationsbericht.[3]

Anders als in den Städten des Kreises, wo schon vielfach auf Druck der Nationalsozialisten sozialdemokratische Veranstaltungen verboten wurden, konnte diese Kreiskonferenz ohne Störung beendet werden. So fand z. B. in der Kreisstadt Oldenburg die letzte öffentliche Versammlung der SPD mit dem Provinziallandtagsabgeordneten Karl Langebeck, Kiel, am 9. Januar 1933 statt. SPD-Ortsvereinsvorsitzender in Oldenburg war der Lagerhalter des Konsumvereins und Stadtverordnete Heinrich Müller.[4]

In Neustadt hingegen wurden die Veranstaltungen der KPD sowie der SPD aufgrund der demokratischen Gesinnung des dortigen Bürgermeisters erst Anfang März 1933 verboten. So finden wir unter anderem in der Akte Sicherheitspolizei folgendes Protokoll:

Neustadt, den 3. März 1933

Die Vertreter der NSDAP, die Herren Rechtsanwalt Brendel, Schlachter Friedrich Westmeyer, Maurer W. Guttau, erklären:

Die Versammlung der SPD darf im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung heute auf keinen Fall stattfinden. Falls sie stattfinden sollte, würde sie von der NSDAP besucht

[3] s. a. Bericht in den WFB vom 15. Februar 1933 Nr. 38.
[4] Ebd. vom 12. Januar 1933 Nr. 10

werden und es würde damit zu rechnen sein, daß im Falle der Beleidigung gegen die Reichsregierung, insbesondere gegen den Reichskanzler, die Versammlung seitens der NS-Teilnehmer gesprengt würde. Die Versammlung wird hiermit verboten, weil Gefahr besteht, daß Ruhe und Ordnung gestört werden. Anmeldung von Wulff (SPD-Ortsvereinsvorsitzender) vom 1. März 1933[5]

Der Wahl zum Kreistag wurde von den Nationalsozialisten mit großer Hoffnung entgegengesehen. Bekamen doch auch sie inzwischen bei allen Wahlen des Jahres 1932 im Landkreis Oldenburg die absolute Mehrheit.

Zu den vielen Ungereimtheiten dieser sehr bewegten Zeit zählt u. a. die Tatsache, daß trotz langjähriger liberaler Tradition die Neustädter Bevölkerung, im Gegensatz zu den anderen Städten des Kreises Oldenburg, scharenweise zu den Nationalsozialisten überlief. Während in den drei anderen Städten die Bevölkerung zunächst versuchte, als Repräsentanten ihrer Städte die Kandidaten der Liste Schwarz-Weiß-Rot (ein Zusammenschluß der rechtsgerichteten früheren Parteien DNVP und DVP) zu wählen, sollte dieses bürgerliche Zwischenspiel bei den Wahlverhalten der Neustädter Einwohnerschaft keine große Rolle spielen. Sie wählten gleich die Nationalsozialisten. So wurde der Bevölkerung dieser Stadt die „Ehre" zuteil, nach der Kommunalwahl am 12. März als einzige Stadt im Kreis über eine absolute NS-Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung zu verfügen.[6]

Weiter kam hinzu, daß anders als in den umliegenden Landkreisen, das Verhältnis der Großgrundbesitzer und Bauern zur NSDAP weit weniger ausgeprägt war. Diese Schicht konnte zwar durchweg als konservativ bezeichnet werden, sie verhielt sich aber den neuen Machthabern gegenüber sehr abwartend, ja zum Teil sogar passiv. Diese unterschwelligen Meinungsverschiedenheiten sollten sich auch bei der Kreistagswahl am 12. März niederschlagen. Es fielen im Kreis Oldenburg die Wahlergebnisse zugunsten der Nationalsozialisten deshalb auch nicht so sensationell aus wie in anderen ländlichen Kreisen der Provinz.

[5] Stadtarchiv Neustadt i. H. Abt. B Fach III Sicherheitspolizei 2b.

[6] Verwaltungsbericht der Stadt Neustadt i. H. 1933, Seite 25/26
Es erhielten die NSDAP 1300 Stimmen (6 Mandate), SPD 499 Stimmen (2 Mandate), KPD 185 Stimmen (0 Mandate), Schwarz-Weiß-Rot 589 Stimmen (2 Mandate), Beamte und Angestellte 213 Stimmen (1 Mandat).

Der letzte Wahlaufruf vor dem Ende (aus: Neustädter Tageblatt, 12. 3. 1933)

Tabelle I

Mandatsverteilung in den Landkreisen Bordesholm, Plön, Segeberg und Oldenburg in Holstein innerhalb des Zeitraumes 1919–1933[7]

Landkreis Bordesholm:	1919	1921	1925	1929	1933[9]
DNVP	1	3	9	4	
DVP	–	5	5	6	
SPD	11	10	7	8	
USPD	–	1	–	–	
KPD	–	2	1	1	
DDP	3	2	–	1	
Bauernbund/Landespartei	6	–	–	–	
Wirtschaftsliste	–	–	–	1	
Völkische Parteien (NSDAP)	–	–	–	1	
Sitze insgesamt:	21	23	22[8]	22	

Landkreis Plön:	1919	1921	1925	1929	1933
DNVP[10]	13	5	8	6	–
DVP[10]	–	5	7	8	–
SPD	8	10	9	10	8
USPD	–	1	–	–	–
KPD	–	1	1	1	1
DDP	1	1	–	–	–
Landespartei	–	1	–	–	–
Völkische Parteien (NSDAP)	–	–	–	–	14
Liste Schwarz-Weiß-Rot	–	–	–	–	3
Sitze ingesamt:	22	24	25	25	26

Landkreis Segeberg:	1919	1921	1925	1929	1933
DNVP	12	14	–	10	–
DVP	–	–	–	1	–
SPD	4	8	6	7	4
KPD	–	1	–	1	1
DDP	5	–	–	3	–
Wirtschaftsliste	–	–	18	1	–
Völkische Parteien (NSDAP)	–	–	–	–	16
Liste Schwarz-Weiß-Rot	–	–	–	–	4
Sitze insgesamt:	21	23	24	24	25

LandkreisOldenburginHolstein:	1919	1921	1925	1929	1933
DNVP	8	–	–	–	–
DVP	1	–	–	–	–
SPD	8	10	9	10	6
USPD	–	1	–	–	–
KPD	–	–	1	1	2
DDP	4	–	–	1	–
Wirtschaftsliste	–	11	12	9	–
sonstige Listen	–	–	2	–	–
Völkische Parteien (NSDAP)	–	–	–	3	12
Liste Schwarz-Weiß-Rot	–	–	–	–	4
Sitze insgesamt:	21	22	24	24	24

[7] *Quelle:* LAS Abt. 301 Nr. 4948. Mitteilungen des Regierungspräsidenten in Schleswig an den Oberpräsidenten in Kiel über die endgültige Zusammensetzung der einzelnen Kreistage nach der jeweiligen Kommunalwahl.

[8] Durch Eingliederung der rd. 8500 Einwohner zählenden Industriegemeinde Neumühlen-Dietrichsdorf (Howaldtwerke pp.) in die Stadt Kiel zum 1. 5. 1924 reduzierte sich die Einwohnerzahl des Landkreises Bordesholm auf 37564 (Volkszählung 16. 6. 1925). Diese Umgemeindung sollte den Verlust der Arbeitermehrheit SPD/KPD im Kreistag nach sich ziehen, bei gleichzeitiger Verringerung der Abgeordnetenzahl.

[9] Der Landkreis Bordesholm wurde am 30. September 1932 von der preußischen kommissarischen Regierung Bracht aufgelöst und auf die Landkreise Rendsburg, Plön und Segeberg aufgeteilt.

[10] DNVP und DVP bildeten eine gemeinsame Liste.

Es erhielt die NSDAP als stärkste Partei im gesamten Kreis Oldenburg zwar 11 435 Stimmen, die restlichen drei zur Wahl stehenden Parteien zusammengenommen aber immerhin noch 10 883 Stimmen. Noch schlechter sah es für die Nationalsozialisten bei der am gleichen Tage stattfindenden Wahl zum Provinziallandtag aus. Dort war das Ergebnis NSDAP = 11 504 zu 11 015 Stimmen. Fürwahr für unsere hiesigen Nationalsozialisten wirklich kein Ruhmesblatt! So setzte sich nach der Wahl der Oldenburger Kreistag aus 12 Abgeordneten der NSDAP, 6 der SPD, 2 der KPD und 4 der bürgerlichen Liste Kampffront Schwarz-Weiß-Rot zusammen.[11]

Dieses Ergebnis verwundert um so mehr, waren doch gerade die Kommunisten seit Jahresanfang einer verstärkten polizeilichen Überwachung und diversen Hausdurchsuchungen ausgesetzt.[12]

In der gesamten Zeit seit Bestehen der KPD im Landkreis Oldenburg konnte diese, auch zusammen mit der USPD, nie mehr als ein Mandat im Kreistag erringen.

Tabelle II

Bericht des Neustädter Bürgermeisters an den Landrat in Oldenburg über durchgeführte Aktivitäten gegenüber SPD, KPD und Gewerkschaften[13]

1. 03. 5. 33 Beschlagnahme von Briefen der KPD
2. 10. 5. 33 Haussuchungen bei Führern und Funktionären der SPD, Gewerkschaften und des Reichsbanners (auf Anordnung der Regierung)
3. 12. 5. 33 Beschlagnahme von Briefen der KPD, Bernhard Dohm und Frau Fischer
4. 13. 5. 33 Haussuchungen wie zu 2
   Anordnung des Landrates in Oldenburg
   Beschlagnahmtes Material wird der Kreisgeschäftsstelle der NSBO in Oldenburg überwiesen.
   Neustadt, den 15. 5. 33
   Schrank, kom. Bürgermeister
   als Polizeibehörde

Außerdem wurde unter dem 31. 5. mitgeteilt, daß weitere Briefe, unter Brechung des Postgeheimnisses, von KPD-Mitgliedern beschlagnahmt wurden.

Weiterhin wurde unter dem 4. August 1933 mitgeteilt, daß auch bei den DNVP-Mitgliedern Berner, Meynerts und Dr. Wittrock Haussuchungen stattfanden und Berner für einige Tage als Kreis-Stahlhelmführer dem KZ Eutin zugeführt wurde.

III. Verhalten des Landrates

Auf eine weitere Ausnahme muß in diesem Zusammenhang hingewiesen werden. Seit Papens Staatsstreich in Preußen am 20. Juli 1932 und der damit verbundenen Ablösung von sozialdemokratischen Polizeipräsidenten (Kiel, Altona) und Landräten (Pinneberg) stellte in der Provinz Schleswig-Holstein die SPD im Landkreis Oldenburg mit Dr. Hübner den einzigen noch verbliebenen sozialdemokratischen Landrat.

[11] Wahlergebnisse, abgedruckt im Neustädter Tageblatt vom 14. März 1933 Nr. 62, ebenso in den WFB: NSDAP 11 435 Stimmen (12 Mandate), SPD 5304 Stimmen (6 Mandate), KPD 1578 Stimmen (2 Mandate), Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 4001 Stimmen (4 Mandate).

[12] Neustädter Wochenblatt vom 12. März 1933 Nr. 61.
Außerdem befindet sich im Fach III Nr. 26 im Stadtarchiv Neustadt eine genaue Anweisung des Regierungspräsidenten wie bei Wahlveranstaltungen, Aufrufen pp. zu verfahren bzw. welche Texte von SPD und KPD genehmigungsfähig sind.

[13] Entnommen aus LAS Abt. 320 Kreis Oldenburg Nr. 624, Akten des Kreisausschusses, Sozialdemokraten 1933.

Wie aber auch in der Provinz die Wahlerfolge der NSDAP ihre ersten Auswirkungen zeigten, läßt sich an der Kritik der NSDAP gegenüber noch regierungstreuen Landräten, wie z. B. im Nachbarkreis Plön, gut nachvollziehen. In einem offenen Brief wandte sich die NSDAP-Kreisleitung gegen das weitere im Amt bleiben des Plöner Landrates Dr. Kipert:[14]

„Am 5. und 12. März hat sich die Bevölkerung des Kreises Plön mit überzeugender Mehrheit für den Nationalsozialismus entschieden. Die NSDAP verfügt in neuen Kreistag über die absolute Mehrheit. Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß auch im Kreise Plön in Zukunft eine Politik betrieben werden soll, die den Zielen der NSDAP und ihres Führers Adolf Hitler entspricht. Wir haben Sie, Herr Landrat, in den vergangenen Jahren als einen systemtreuen Mann kennengelernt, der der NSDAP feindlich gesonnen war und sich durch schikanöse Einzelmaßnahmen gegen ihre Führer und Anhänger auszeichnete. Wir werden es daher auch nicht dulden, daß Sie auf dem Boden der gegebenen Tatsachen hinüberwechseln, um damit der Abrechnung zu entgehen. Vielmehr stellen wir die eindeutige Forderung, daß Sie die Konsequenzen ziehen und abtreten. Sollten Sie unserem Ersuchen nicht entsprechen, werden wir nicht nur im neuen Kreistag eine rücksichtslose Opposition gegen Sie betreiben, sondern auch selbst den Weg zum preußischen Innenministerium nicht scheuen, um ihre Beurlaubung zu erwirken.

Schalow, Kreisleiter"

Um aber diese Kritik in Bezug auf seine Person im Vorwege abzuwehren sowie seinen Posten als Landrat auch unter den sich rapide veränderten Mehrheitsverhältnissen zu behalten, trat Landrat Dr. Hübner – im Gegensatz zu seinem Plöner Kollegen (Dr. Kiepert hielt seinen konservativen Freunden die Treue) aus der sozialdemokratischen Partei aus. In einem offenen Brief folgenden Inhalts versuchte er, in der hiesigen Heimatpresse seinen Schritt zu begründen:[15]

„Dem Parteivorstande der Sozialdemokratischen Partei Schleswig-Holsteins zeige ich hiermit meinen Austritt aus der Partei an, da es für mich als Staatsbeamten eine Unmöglichkeit ist, einer Partei anzugehören, die zu der Reichs- und Staatsregierung in Opposition steht, ganz zu schweigen von der Enttäuschung über die Haltung, die weite Kreise der Partei zu den nationalen Fragen eingenommen haben. Wenn ich diesen Schritt erst heute tue, so geschieht es lediglich aus dem Grunde, weil ich ihn vorher, als jeden Tag der politische Beamte von dem Regierungswechsel unmittelbar betroffen werden konnte, für einen Akt der Schwäche gehalten hätte.

Dr. Hübner, Landrat"

Allein auch dieser Schritt sollte die Position des Landrates beim politischen Gegner nicht stärken. Es sollte ihm nicht besser ergehen als den Bürgermeistern der kreisangehörigen Städte. So wurde teils freiwillig, teils durch Androhung von Zwangsmaßnahmen am 24. März Neustadts Bürgermeister Max Rehr durch die Nationalsozialisten amtsenthoben. Es folgten am 4. April der Oldenburger Bürgermeister Wein sowie am 18. April der Heiligenhafener Bürgermeister Schur-

[14] Der gesamte Aufruf wurde in den WFB vom 18. März 1933 Nr. 66 abgedruckt.

[15] s. a. Neustädter Tageblatt vom 29. März 1933 Nr. 75 und WFB vom 28. März 1933 Nr. 74.

Gleichschaltung: Das Beispiel Ostholstein (aus: Neustädter Tageblatt, 23. 3. 1933)

 # Hilfspolizei im Kreise Oldenburg i. H. In einer gestern zwischen dem Landrat und den Vertretern des Stahlhelm und der SA. stattgefundenen Besprechung wurden die Fragen der Einrichtung einer Hilfspolizei im Kreise Oldenburg besprochen. Die Hilfspolizei soll bereits in den nächsten Tagen eingerichtet werden. Sie dient dem Schutz lebenswichtiger Betriebe.

— **Schlamin**, 10. März. (Für die Gemeindewahl) wurde hier eine Einheitsliste eingereicht. Die Kandidaten sind: Held, Landmann, Canenbley, Landmann; Weidemann, Maurer; Schöning, Arbeiter; Sach, Landmann; Bruhn, Gastwirt.

— **Harmsdorf**, 27. März. (Die Harmsdorfer Freie Turnerschaft) wurde am Mittwoch, 22. 3., durch den Vorstand aufgelöst und die Geräte dem Kreisjugendamt wieder zur Verfügung gestellt. Kreiswegewärter Haye gab in seiner Ansprache den Mitgliedern und der Jugend anheim, sich der Deutschen Turnerschaft anzuschließen.

— **Oldenburg i. H.**, 27. März. (Mandatsverzicht.) Wie amtlich bekannt gemacht wird, hat der bei der Kreistagswahl am 12. März in den Kreistag gewählte Amts- und Gemeindevorsteher Adolf Schwark-Fargemiel (SPD) auf sein Mandat verzichtet. Als Ersatzmann wird, da die frühere Jugendheimleiterin Agnes Arndt-Cismar aus dem Kreise verzogen ist, voraussichtlich der Lagerhalter Hermann Stein in Lensahn in den Kreistag einziehen.

 # Kommunisten werden nicht geladen. Laut Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten sind Vertreter der KPD. zu Sitzungen der Vertretungskörperschaften (Gemeindevertretungen usw.) nicht zu laden.

Bürgermeister Wein-Oldenburg i. H. beurlaubt.

Oldenburg i. H, 4. April. Die Wagr.-Fehmarnschen Blätter melden: „Auf Vorhalten der Kreisleitung der NSDAP. hat heute nachmittag Herr Bürgermeister Wein den Regierungspräsidenten um seine Beurlaubung gebeten, die ihm gewährt wurde. Zum kommissarischen Bürgermeister wurde der Geschäftsführer des Landvolkbundes Kreis Oldenburg, Herr Dr. jur. Middelmann, ernannt. Des weiteren wurden mit sofortiger Wirkung beurlaubt der Stadtinspektor Kluth und der Hilfspolizeibeamte Güldensupp. Die Fortführung der Amtsgeschäfte hat durch diese Personalveränderungen keinerlei Störung erfahren. Zur Sicherung der öffentlichen Ruhe und Ordnung werden ab heute während der Nacht verstärkte SA.-Patrouillen eingesetzt."

*

— **Süsel**, 5. April. (Zum Staatskommissar) für die Gemeinde Süsel ernannt wurde der hiesige SA.-Führer Walter Beuthin.

(Gewerkschaftssekretär Panitzki in Schutzhaft.) Der Deutsche Landarbeiterverband, Kreisgruppe Oldenburg, ist heute vormittag von der NSBO. übernommen worden. Mit der Fortführung der Geschäfte ist einstweilen der Kreisleiter der NSBO., Pg. Groth-Oldenburg, beauftragt worden. Gewerkschaftssekretär Panitzki wurde in Schutzhaft genommen.

bohm. Nur in Burg a. F. sollte es nicht auf Anhieb den Nationalsozialisten gelingen, den dortigen Bürgermeister Lafrentz aus dem Amte zu entfernen. Dieses gelang dem Kreisleiter Rahlf erst nach einigen spektakulären Niederlagen im September 1933.[16]

Trotz Austritts aus der SPD sollte aber das Ende der Amtszeit des Landrates in Oldenburg, wo er seit 1927 tätig war, abzusehen sein. Am 6. April 1933 wurden Landrat Dr. Hübner sowie die Landräte Clasen, Husum, Dr. Voigt, Herzogtum Lauenburg, Dr. Kiepert, Plön, Steltzner, Rendsburg, und Skalweit, Südtondern, vom Reichskommissar für das preußische Innenministerium aufgrund des § 3 der Verordnung vom 26. Februar 1933 mit sofortiger Wirkung in den einstweiligen Ruhestand versetzt.[17]

Neuer kommissarischer Landrat des Kreises Oldenburg wurde der Nationalsozialist Regierungsrat von Holleuffer.

[16] Entnommen dem Neustädter Tageblatt und den WFB.

[17] WFB vom 7. April 1933 Nr. 81.
s. a. Klaus von der Groeben/Hans Jürgen von der Heide (Hg) Geschichte des Deutschen Landkreistages Band V 1981, Seite 163/64. Dort wird in einer Fußnote hervorgehoben, daß allein in Preußen seit dem 30. Januar 1933 von 352 Landräten ca. 150 durch völlig neue, z. T. auch nicht verwaltungsmäßig vorgebildete Herren ersetzt worden sind und die NSDAP nach den Wahlen vom 12. März in 226 preußischen Landkreisen eine Mehrheit von 50 % und darüber besaß.
– Außer Landrat Dr. Hübner wurden in der Kreisverwaltung beurlaubt: Staatsangestellter Hagelstein (Landratsamt), Kreisausschußobersekretär Milewski und die Angestellten Asmus und Föll (beide Kreisausschuß) sowie der Wegewärter Marten. (Dieser gehörte von 1922–25 als SPD-Abgeordneter dem Oldenburger Kreistag an) s. a. Bericht in den WFB vom 9. Mai 1933 Nr. 107.

IV. Die zwangsweise Ausschaltung führender sozialdemokratischer und kommunistischer Abgeordneter im Kreistag sowie in den Landgemeinden

Schon am 26. März legte der SPD-Abgeordnete, Amts- und Gemeindevorsteher Adolf Schwark, Fargemiel, sein Amt als Kreistagsabgeordneter nieder. Als nächster sollte der langjährige Sprecher der SPD-Fraktion und zweiter Kreisdeputierter sowie Sekretär des Landarbeiterverbandes Karl Panitzki folgen. Mit Schreiben vom 31. März 1933 teilte Landrat Dr. Hübner den beiden SPD-Kreistagsabgeordneten Panitzki und Grapengeter mit, daß gemäß des § 4 der Verordnung zur Behebung von Mißständen in den gemeindlichen Verwaltungen vom 22. März 1933 Gesetzblatt 67, Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer von Krankenkassen nicht mehr Mitglieder von Vertretungskörperschaften der Gemeinden oder Gemeindeverbände werden dürften.[18] Während Grapengeter sein Vorstandmandat in der Krankenkasse niederlegte, versuchte sich Panitzki gegen diese Anordnung zur Wehr zu setzen. Nach einer Rückfrage beim Innenminister wurde per Funkspruch vom 28. März mitgeteilt, daß Panitzki, da er sich weigerte, sein Vorstandsmandat in der Krankenkasse niederzulegen, noch bis zum 15. April 1933 Mitglied des Kreistages bleibe, dann müsse dieses Amt niedergelegt werden.[19]

Schon vor dem Ausscheiden Panitzkis war es den Nationalsozialisten gelungen, eine Reihe sozialdemokratischer und kommunistischer Mandatsträger in den Gemeinden auszuschalten. Aufgrund eines ministeriellen Funkspruchs vom 25. März 1933 wurden in den darauffolgenden Tagen alle sozialdemokratischen und kommunistischen Gemeindevorsteher vom Landrat beurlaubt. Insgesamt betraf es 5 sozialdemokratische Gemeindevorsteher sowie 16 Stellvertreter, davon alleine 10 von der Insel Fehmarn, unter denen sich auch einige Kommunisten befanden.[20]

[18] Entnommen den verschiedensten Berichten und Bekanntmachungen im Kreisblatt des Kreises Oldenburg.

[19] s. a. LAS Abt. 320 Oldenburg – Kreisausschuß Nr. 7 sowie auch amtliche Bekanntmachung des Kreises Oldenburg vom 22. April 1933, Tgb. Nr. II a 1099 So, Kreisblatt Seite 63

[20] s. a. Bekanntmachung im Kreisblatt, Jg. 33, Seite 49, vom 22. März 1933, Tgb. Nr. 3974. „Teilnahme der kommunistischen Abgeordneten an den Sitzungen der Vertreterkörperschaften." Lt. Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten sind Vertreter der KPD zu Sitzungen der Vertreterkörperschaften (Gemeindevertretungen usw.) nicht zu laden.

Der Landrat Dr. Hübner.

Diese Bekanntmachung wurde – wie alles andere – als amtliche Bekannt-

V. Aus der Arbeit des Kreistages bis zum Parteienverbot im Sommer 1933

Nachdem durch die getätigten politischen Maßnahmen der Nationalsozialisten der angesetzte Termin für die Konstituierung des neuen Kreistages am 11. April nicht mehr eingehalten werden konnte, trat der Kreistag am 6. Mai 1933 zu seiner ersten Sitzung zusammen. Hier sollten innerhalb von 45 Minuten 19 Tagesordnungspunkte abgehalten werden.[21]

Anwesend waren in dieser Sitzung alle Kreistagsabgeordneten mit Ausnahme der beiden Kommunisten, deren Mandate inzwischen auf Betreiben der Nationalsozialisten eingezogen worden waren. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Adolf Schwark und Karl Panitzki fehlten ebenfalls. Der Kreistag setzte sich in dieser konstituierenden Sitzung nur aus 20 Abgeordneten zusammen, 12 Nationalsozialisten, 4 Mitglieder des Bürgerblocks Schwarz-Weiß-Rot und den verbliebenen 4 Sozialdemokraten.[22]

Den Vorsitz führte der seit dem 3. Mai amtierende kommissarische Landrat von Holleuffer, der sich in kurzen einleitenden Worten dem neugewählten Kreistag vorstellte. Zum Schluß seiner Rede brachte er als Zeichen des Treuegelöbnisses ein dreifaches „Sieg Heil" auf das Vaterland, den ehrwürdigen Reichspräsidenten und den jungen kraftvollen Volkskanzler aus.

Anschließend sprach der NS-Abgeordnete Jürgen Rahlf. Dieser wies darauf hin, daß die Zeiten des Redens endgültig vorbei seien. Als erfreulich wurde von ihm ebenfalls die Tatsache bewertet, daß jetzt an der Spitze des Kreises ein Nationalsozialist stehe.

Nachdem die Wahl vom 12. März 1933 für gültig erklärt worden war, schritt man zur Wahl des Kreisausschusses. Während die NSDAP die Wahl durch Zuruf vornehmen lassen wollte, wurde von der SPD-Fraktion – durch deren neuen Fraktionssprecher Karl Schönfeld – die Verhältniswahl beantragt. Dieser Antrag wurde zurückgenommen, nachdem vom NSDAP-Kreisleiter Rahlf erklärt worden war, daß die NS-Abgeordneten auf jeden Fall eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten sowohl im Kreisausschuß als auch in den Kommissionen ablehnen würden. Anschließend wählte man durch Zuruf folgende Abgeordneten in den Kreisausschuß:

Jürgen Rahlf	Oldenburg	(NSDAP)
Fritz Schrank	Neustadt	(NSDAP)
K. Rahlf	Kopendorf	(NSDAP)
Walter Guttau	Neustadt	(NSDAP)
Dr. Wilhelm Bongardt	Hof Altona	(Schwarz-Weiß-Rot)

Vom Wahlvorschlag der SPD wurde der Abgeordnete Richard Grapengeter aus Heiligenhafen gewählt. Aufgrund des Ermächtigungsgesetzes wurde jedoch vom kommissarischen Landrat von Holleuffer die sofortige Beurlaubung des Kreisausschuß-Mitgliedes Grapengeter ausgesprochen. Über die Beurlaubung Grapengeters ist im Protokoll folgendes vermerkt:[23]

„Der Abgeordnete Grapengeter wurde auf Grund des Runderlasses des Ministers des Innern (K.d.R.) vom 24./28. März 1933 – IV a I 59 – betr. Beurlaubung sozialdemokratischer

machung auch in den WFB abgedruckt.
s. a. Bericht zur Absetzung der Gemeindevorsteher bzw. Stellvertreter der SPD und KPD durch den Landrat auf Anweisung der Regierung in Schleswig in den WFB vom 29. März 1933 Nr. 75 EBd. vom 31. März 1933 Nr. 77.

[21] s. a. Bekanntgabe der vorläufigen Tagesordnung für die Kreistagssitzung am 11. April 1933, abgedruckt in den WFB vom 29. März 1933 Nr. 75.

[22] s. a. Protokoll der Kreistagssitzung vom 6. Mai 1933, abgedruckt im Kreisblatt Jg. 1933, Seite 81 bis 91, außerdem großaufgemachter Bericht mit abgedruckten Reden im Neustädter Tageblatt vom 9. Mai 1933 Nr. 107.

[23] Ebd.

Wer befreit mit 150 RM. Pg. von Juden? Rückz. in 6 Monatsraten gegen Sicherheiten. Angeb. u. Nr. 333 a. d. Geschft. ds. Bl.

Die Anfänge der Judenverfolgung in Ostholstein (aus: Neustädter Tageblatt, Febr./April 1933)

Mitglieder in Gemeindevorständen und Deputationen mit sofortiger Wirkung vom Vorsitzenden beurlaubt, der gleichzeitig als Kommissar den Abg. Wilhelm Scholz in Lensahn bestellte."

Nach dieser Wahl setzte sich der neue Kreisausschuß aus 5 Nationalsozialisten und 1 Deutschnationalen zusammen. Durch Gesetz wurde die Amtszeit der Kreisdeputierten, Gutsbesitzer von Abercron und Gewerkschaftssekretär Karl Panitzki, am 7. April 1933 beendet. Als neue Deputierte wählte man, ebenfalls durch Zuruf, die beiden Nationalsozialisten Jürgen Rahlf, Oldenburg, und Prof. Draeger, Sebent. Da die Amtszeit der bisherigen Amtsvorsteher bzw. deren Stellvertreter ebenfalls am 7. April endete, mußten auch diese Stellen neu besetzt werden. Für die Neuwahl der Amtsvorsteher und deren Stellvertreter lag ein gemeinsamer Antrag der NSDAP und der Liste Schwarz-Weiß-Rot unter dem Kennwort „NSDAP" vor. Sozialdemokraten wurden hier, wie auch bei der Besetzung der Ausschüsse des Kreistages, in keine Ämter mehr gewählt.

Bei der Wahl des Vorstandes der Kreissparkasse wurde nach dem selben Schema verfahren.

Wie schnell hatte sich doch die politische Landschaft geändert, betrachtet man einige Namen und vergleicht sie mit den Repräsentanten des demokratisch gewählten alten Oldenburger Kreistages!

VI. Das Ende der parlamentarischen Demokratie

Die nächste Sitzung des Oldenburger Kreistages fand am 12. Juli 1933 statt.[24] Insgesamt dauerte sie ca. 10 Minuten. Dies war die erste Sitzung, an der die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht mehr teilnahmen, da inzwischen alle SPD-Abgeordneten unter der fadenscheinigen Begründung, daß ihre Anwesenheit und Teilnahme an der Sitzung die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährden würde, ihrer Ämter enthoben worden waren.

Mit Schreiben vom 26. Juni 1933 teilte der kom. Landrat von Holleuffer den verbliebenen vier sozialdemokratischen Abgeordneten Schönfeld, Grapengeter, Wittern und Jäger mit, daß ihnen die Mandate aberkannt würden. Mit gleichem Schreiben wurde die NSDAP-Kreisleitung gebeten, für die 4 ausgeschiedenen SPD-Kreistagsabgeordneten neue Vorschläge zu unterbreiten.[25]

Nach den Kommunisten hatten die Nazis nun auch die So-

[24] s. a. sehr ausführlicher Bericht über die Kreistagssitzung im Neustädter Tageblatt vom 13. Juli 1933.
s. a. LAS Abt. 320 Oldenburg Kreisausschuß Nr. 7.

[25] s. a. Schreiben des Landrates in LAS Abt. 320 Oldenburg Kreisausschuß Nr. 7.

zialdemokraten von der parlamentarischen Arbeit des Kreistages ausgeschaltet. Nazis und Deutschnationale waren somit die Alleinherrscher im Kreistag geworden.

Um sich neu zu informieren, wurde die Kreistagssitzung, kaum daß sie eröffnet worden war, für eine Stunde unterbrochen. Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung beantragte der NS-Abgeordnete Scholz, Lehsahn, daß der bisherige kommissarische Landrat von Holleuffer dem Staatsminister zur endgültigen Bestallung vorgeschlagen werden möge. Hierauf erklärte für die Fraktion Schwarz-Weiß-Rot der Abgeordnete Dr. Bongardt, Hof Altona, daß seine Fraktion sich in dieser Angelegenheit der Stimme enthalten werde. Der Antrag Scholz wurde daraufhin nur mit den Stimmen der Nationalsozialisten angenommen.

Anschließend erklärte der Kreisdeputierte, Kreisleiter Rahlf, nachdem die Kampffront-Vertreter bei der Abstimmung über die Besetzung der Landratstelle gezeigt hätten, daß sie nicht mitarbeiten wollten, sie als nicht im Sitzungssaal anwesend zu betrachten seien. Ein Zusammenarbeiten mit den Vertretern der Deutschnationalen sei nicht möglich, da sie zeigten, daß sie zur Mitarbeit doch nicht bereit seien. Kommissarischer Landrat von Holleuffer habe sich seit seinem Amtsantritt bemüht, allen Kreisen gerecht zu werden, bezüglich der Vertreter der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot sei ihm aber ein gedeihliches Arbeiten nicht ermöglicht worden. Von Holleuffer sei von der Idee des Nationalsozialismus durchdrungen und überzeugt davon, daß sie Bestand haben werde. Er sei auf dem besten Wege, ein tadelloser Nationalsozialist zu werden. In diesem Sinne sei ihm für eine gute und gedeihliche Zusammenarbeit Glück zu wünschen.

Nach Vornahme einiger weiterer Wahlen war die eigentliche Kreistagssitzung nach 10minütiger Dauer beendet. Zum Schluß wurde vom Kreisdeputierten Rahlf für die NS-Fraktion zur nicht programmgemäß vorgenommenen Landratswahl folgende Erklärung abgegeben:

„Wir haben gesehen, daß die Vertreter der ehemaligen Kampffront sich bei der Landratswahl der Stimme enthielten. Das heißt soviel, daß man nicht mitarbeiten will. Was uns wundert, ist, daß auch der Kreis-Stahlhelm-Führer Berner/Neustadt dem kommissarischen Landrat von Holleuffer seine Stimme nicht gab. Das ist um so bezeichnender, als inzwischen Hitler und Seldte eine Einigung erzielten. Die Vertreter der Deutschnationalen haben also im Kreistag gezeigt, daß man sofort wieder eine Kluft in der Bevölkerung aufgerichtet hat, und für diese Kluft muß ich vor allem den Kreis-Stahlhelm-Führer Berner verantwortlich machen. Eine solche Kluft ist um so bedauerlicher, als der neugewählte Landrat für Jahre hinaus an der Spitze des Kreises stehen soll. Unserem obersten Führer Adolf Hitler ein dreifaches ‚Sieg Heil'!"

Als daraufhin der Abgeordnete Dr. Bongardt noch einmal ums Wort bat, stellte Kreisdeputierter Rahlf den Antrag, den Vertretern der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot in diesem Saal künftig keine Sprecherlaubnis zu erteilen. Während Dr. Bon-

gardt krampfhaft versuchte, doch noch das Wort zu erhalten, forderte Rahlf seine Nationalsozialisten auf, sofort den Sitzungssaal zu verlassen, was auch umgehend geschah. Damit war die Kreistagssitzung beendet.

Nach diesem kurzen Zwischenspiel von Holleuffers – seine Amtszeit endete am 6. Dezember 1933 – wurde der neue Landrat des Kreises Oldenburg Dr. W. Mohr. Mohr war ein Alt-Nazi, er gehörte immerhin schon seit 1925 der NSDAP an.[26] Neben dem Amt des Landrates übernahm er, nachdem Jürgen Rahlf das Amt des Kreisleiters der NSDAP niedergelegt hatte, auch dessen Posten ein.[27] Landrat und Kreisleiter waren jetzt auch im Kreise Oldenburg in einer Hand vereinigt. Dr. Mohr blieb bis zum 30. August 1941 als Landrat in Oldenburg tätig. Nachfolger wurde dann der frühere Landrat Poel, der in den Jahren 1921–26 dieses Amt schon einmal bekleidet hatte. Poel blieb bis zur Kapitulation 1945 Landrat dieses Kreises. Er wurde erst nach dem Zusammenbruch durch die Engländer abgelöst.

[26] s. a. Verwaltung, politisches Leben und Wirtschaft im Kreis Oldenburg 1867–1967 von H. Beyer, Seite 69, im Jahrbuch für Heimatkunde des Kreises Oldenburg, Jg. 1967.

[27] s. a. Bericht über die Einführung des neuen Landrates und Kreisleiters der NSDAP im Neustädter Tageblatt vom 12. Dezember 1933 unter der Balkenüberschrift „Kreis Oldenburg, im Gleichschritt – marsch!"

[28] s. a. LAS Abt. 320 Oldenburg Nr. 326 geheim
- s. a. Bericht des kommissarischen Bürgermeisters in Oldenburg vom 27. November 1933. Danach wurden in Oldenburg seit der Machtübernahme 4 Personen in ein Konzentrationslager sowie 5 weitere politisch verdächtige Personen ins Gefängnis eingeliefert.

VII. Schlußbetrachtung

Motor des nun langsam einsetzenden Widerstandes gegen das inzwischen gefestigte NS-System war die breite Masse der organisierten Arbeiterschaft unter Führung der kleinen und mittleren Funktionäre. Diese standen im Gegensatz zu fast allen anderen Bevölkerungsschichten, die einer Regierung unter der Führung Hitlers und der NSDAP mit Hoffnung, je, mit Wohlwollen entgegensahen.[28]

Einzige Ausnahme bürgerlicherseits bildeten Teilbereiche der alten DNVP. Nachdem diese Mitglieder einsahen, daß das Zusammengehen mit dem Nationalsozialismus dem gesamten Bürgertum nur schaden würde, gingen sie auf kritische Distanz zur NSDAP-Führung. In einem Bericht des Landrats wird darauf hingewiesen, daß das Verhältnis Stahlhelm – NSDAP auf Fehmarn sehr gespannt sei. So nahm der Stahlhelm z. B. an den 1. Mai-Umzügen 1934 in den Gemeinden Petersdorf und Dänschendorf nicht teil. Durch dieses Verhalten sollten einige DNVP-Mitglieder das gleiche Schicksal teilen, wie es viele Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten ertragen mußten. Haussuchungen und Verhaftungen wurden auch in diesen Reihen vorgenommen.[29]

Beste Ansätze, die illegale Gewerkschafts- und Parteiarbeit forzusetzen, boten sich meist dort, wo die alten Organisationen der Arbeiterbewegung stark im Bewußtsein der Bevölkerung verankert gewesen waren. In den einzelnen örtlichen Gewerkschafts- und Parteigremien wußte man genau, wer von der „Alten" abgeschwenkt war und wer auch in späteren Zeiten als zuverlässig gelten konnte. Nachdem der überall vollzogene Aufbau der Geheimen Staatspolizei abgeschlossen worden war, hatten es auch diese örtlichen Gruppen zunehmend schwerer. Denunzierung, Schutzhaft und Einweisung in die neugeschaffenen Konzentrationslager taten ein übriges, um diese Arbeit zum Erliegen zu bringen. Eine ins Detail weiterge-

[29] s. a. LAS Abt. 320 Kreis Oldenburg Nr. 624
Aus dieser Akte geht hervor, daß auch bei den Mitgliedern des Stahlhelms bzw. der Liste Schwarz-Weiß-Rot, Berner, Meynerts und Dr. Wittrock – alle Neustadt – Haussuchungen stattgefunden haben.
- siehe auch Mitteilung vom 9. August 1933. In dieser Mitteilung werden die 10 im KZ Osnabrück einsitzenden Häftlinge nach Städten aufgeschlüsselt. Danach kommen 4 der Häftlinge aus Oldenburg, 5 aus Burg bzw. Burgstaaken und 1 aus Heiligenhafen.
- siehe auch Schreiben des Amtsvorstehers Dr. Bongardt vom 18. Juli 1933 an den Landrat in Oldenburg. Ohne Haftbefehl wurde ein bei Bongardt beschäftigter Arbeiter von Eutiner Nationalsozialisten (ohne Ausweis) im Beisein des in Roge stationierten Landjägers sowie eines NS-Truppenführers auf Antrag des Regierungspräsidenten Böhmker verhaftet und nach Eutin ins KZ gebracht.
Bongardt bittet in diesem Schreiben den Landrat um weitere Verhaltensmaßnahmen, da die Eutiner im preußischen Landkreis Oldenburg ohne Genehmigung nicht tätig werden durften.
Eine Antwort des Landrates befindet sich leider nicht in dieser Akte.

Verbrennungen – Erst Fahnen, später Bücher (aus: Neustädter Tageblatt, 23. 3. 1933)

 # Fackelzug und Fahnenverbrennung.

Nach einem weiteren Liedervortrag der „Liedertafel" ergriff der Kreisleiter der NSDAP., Rahlf-Oldenburg i. H., das Wort. Er bezeichnete den 21. März als einen bedeutungsvollen Markstein in der Geschichte unseres Volkes. Die erste Etappe auf dem Wege zur Schaffung des Dritten Reichs sei damit erreicht worden, nach 4 Jahren solle das Werk vollendet sein. Bis dahin müsse auch innerhalb sämtlicher öffentlicher Verwaltungen eine restlose Säuberung durchgeführt sein von allen undeutschen Elementen. Die Zeit, in der sich Ausländer, Juden usw. in unserem Volke einnisten, die Not ausnutzen, in der dunkle Mächte, Geheimbünde, Logen usw. das Schicksal des deutschen Volkes bestimmen, sei vorüber. Redner verwies auf die Fahnen: die alte, ruhmreiche schwarz-weiß-rote und die des jungen Deutschland, die Fahne der nationalen Revolution mit dem Sonnenrad im weißen Felde, dem Hakenkreuz. Als äußeres Zeichen dafür, daß die Zeit der Unehre und der Schmach für das deutsche Volk vorüber ist, solle die schwarz-rot-goldene Fahne, auf die jeder nationaldenkende Deutsche immer mit Scham und Abscheu geblickt habe, öffentlich verbrannt werden. (Auf einem freien Platz vor der Rathaustreppe waren inzwischen von SA-Leuten einige Fahnen zusammengetragen und in Brand gesteckt worden. Unter Hurrarufen der Menge gingen die Fahnen in Flammen auf.) Mit einem „Sieg Heil"! auf den Reichspräsidenten von Hindenburg und Reichskanzler Adolf Hitler schloß die Ansprache. Abschließend wurde das Deutschlandlied und das Horst Wessel-Lied gesungen. — Unmittelbar darauf erfolgte Rückmarsch und Auflösung des Zuges.

hende Untersuchung würde den mir vorgegebenen Rahmen sprengen. Ich verweise daher nur auf den in Tabelle III abgedruckten Bericht des Kreisleiters Rahlf in seiner Eigenschaft als stellvertretender Landrat des Kreises Oldenburg i. H.

Tabelle III
Geheimbericht des stellv. Landrates vom 26. August 1933. Tgb. Nr. A 821 an die Staatspolizeistelle Altona und den Regierungspräsidenten in Schleswig. Situationsbericht für die zweite Hälfte des Monats August 1933.[30]

1. *Gefundene Waffen und Sprengkörper: keine*
2. *Maßnahmen zum Schutz von Volk und Staat vom 28. 3. 1933*
   Zahl der Durchsuchungen: keine
   Schutzhaftbeantragungen: 4
   Versammlungsverbot: kein
   Aufhebung von Postgeheimnissen: 8
3. *Politische Schutzhaftgefangene, gegen die Freiheitsbeschränkungen verhängt worden sind*

a) *Zahl der im Berichtszeitraum Entlassenen: 4*
b) *Zahl der am Schluß des Berichtszeitraumes noch vorhandenen: 4*

4. *Zahl der in den Konzentrationslagern untergebrachten Häftlinge – im Konzentrationslager bei Osnabrück: 10*

[30] Diese Berichte wurden mit weiteren Erläuterungen in den ersten Jahren der NS-Herrschaft 14tägig erstellt. Entnommen aus LAS Abt. 320 Oldenburg Nr. 326.

Da der NS-Staat ein Führerstaat war, in dem der unfehlbare Führer nicht an Parlament oder Volksabstimmung oder andere Instanzen gebunden ist, wurde die KPD nach dem Reichstagsbrand sofort, die SPD in Etappen, endgültig im Juni 1933, verboten. Die anderen Parteien lösten sich nach und nach, dem Druck der Nazis folgend, selber auf. Die Gewerkschaften, Sportvereine, Vereinigungen und Vereine aller Arten wurden gleichgeschaltet, d. h., sie durften nur fortbestehen, wenn verläßliche Nationalsozialisten in ihren Vorständen waren. Was blieb, war die NSDAP, die sich des Zustroms von neuen Mitgliedern vor allem aus der Beamtenschaft kaum erwehren konnte. Je nach ihrem Parteieintritt waren es die Septemberlinge, die Märzgefallenen oder die Maikäfer.